

DIE LINKE Hessen unterstützt das Bündnis „Demokratie statt Überwachung“

(Resolution des Landesvorstands der Partei DIE LINKE. Hessen, einstimmig beschlossen am 22. Februar 2014)

Für die breite Öffentlichkeit sind mit den Enthüllungen durch den Whistle-Blower Edward Snowden seit Sommer 2013 immer weitere Fakten bekannt geworden, die einen dramatischen Befund ergeben: Westliche Geheimdienste, insbesondere deutsche, französische, englische und amerikanische bilden im Verbund ein umfassendes Überwachungssystem, das nach Expertenmeinung alle Voraussetzungen und Kennzeichen autoritärer Systeme trägt. Wir leben in einer digital total-überwachten Welt-Unordnung!

Dazu gehört unter anderem: Das Abgreifen sämtlicher Internet-Daten an Knotenpunkten und von Internet-Konzernen, das tägliche Abgreifen von 5 Milliarden Handy-Daten, die gezielte Computer-Ausspähung über entsprechende Spion-Programme wie XKeystore und Prism, sowie hunderttausendfache Computer und Serversteuerung mittels bereits in der Produktion implementierter NSA-Spionagetechnik. Hiervon sind alle betroffen die ihr Leben nicht als Einsiedler verbringen. Denn die umfassende Ausspähung betrifft Privatpersonen und gesellschaftlichen Gruppen genauso, wie Unternehmen und Konzerne, Behörden und Botschaften, sowie politische Institutionen bis hin zur EU und Bundeskanzlerin.

Hessen spielt in diesem Überwachungsregime eine zentrale Rolle. Das Rhein-Main-Gebiet wird von seriösen Journalisten als europäische Geheimdienst-Hauptstadt bezeichnet. Der Dagger-Komplex in Darmstadt, das US-Head-Quarter in Wiesbaden-Erbenheim, das Frankfurter US-Konsulat und zahlreiche Geheimdienst-Unternehmen in Hessen sind Kopf und Arm der Überwachungslogistik. Es geht dabei nicht nur um Überwachung und Spionage. Es geht auch um weltweite Kriegsführung, Foltergefängnisse und den Drohnenkrieg. 3 Milliarden investiert alleine das US-Militär jedes Jahr in Deutschland - mehr ist es nur in Afghanistan! Das heißt auch: Nicht durch Hessen, aber von Hessen aus wird ein Krieg geführt, in dem offenbar alle Schranken gefallen sind.

Die politisch Verantwortlichen stehen dem massenhaften Bruch von Menschen- und Völkerrechten mit einer unfassbaren Ignoranz gegenüber. Nachdem die Enthüllungen Edward Snowdens unter der Schwarz-Gelben Bundesregierung vollständig geleugnet wurden, ist auch von der jetzigen Großen Koalition eher die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung, als ein Engagement gegen die Kriegs- und Überwachungsarchitektur zu erwarten. Vor Wirtschaftsvertretern bezeichnete Angela Merkel die NSA-Enthüllungen jüngst als „kleine Schwierigkeiten“, die die Verhandlungen über das US-Europäische Freihandelsabkommen TTIP nicht belasten sollten. Und im Schwarzgrünen hessischen Koalitionsvertrag tauchen die Worte „Bürgerrechte“ oder „NSA“ nicht einmal auf. Die Realität und Verantwortung der europäischen Geheimdienst-Hauptstadt Hessen wird vollständig ausgeblendet. Die Grünen haben sogar den wortgleich von der LINKEN eingebrachten Antrag der Bundes-Grünen abgelehnt, welcher im Sinne des weltweit erschienen

„Autorenaufrufs“ die Einhaltung von Menschen- und Bürgerrechten im Digitalen Zeitalter einfordert.

DIE LINKE verurteilt diese Ignoranz und wird sich dem Überwachungs- und Kriegsregime widersetzen. Wir fordern unveräußerliche Achtung der Menschen- und Bürgerrechte. Massenüberwachung, gezielte Tötungen, noch dazu völlig außerhalb jeglicher Gerichtsbarkeit und parlamentarischer Kontrolle sind ein Rückfall in vor-demokratische, menschen- und völkerrechtswidrige Herrschaftsstrukturen, die unseren Werte-, Menschen- und Grundrechtsvorstellungen vollkommen widersprechen.

Wir rufen deshalb alle an Menschen- und Bürgerrechtsfragen interessierten Gruppen und Einzelpersonen zum Widerstand gegen das real existierende Überwachungsregime und zum Kampf für Menschen-, Grund- und Freiheitsrechte auf.

Weiteres siehe: <https://www.demokratie-statt-ueberwachung.de/>